

Liebe LAG-Mitglieder, zukünftig wollen wir Euch mit einem **LAG Report** auf dem Laufenden halten über Themen, die uns beschäftigen. Ihr Habt die Möglichkeit uns Artikel zu zusenden, die wir gern als Mitgliedermeinung veröffentlichen.

**20 Jahre**

*Landesarbeitsgemeinschaft  
Soziale Dienste der Justiz  
Brandenburg e.V.*

Die Feierstunde zu diesem Anlass

wird am **20. April 2012**  
in Potsdam stattfinden.

Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben.

Eine persönliche Einladung an die Mitglieder erfolgt.

Qualitätsentwicklungs-  
prozeß

**Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen:**

Zu beachten:

- Ist der Prozess mit den Vorstellungen des MdJ abgestimmt worden?
- Nach § 56 StGB soll es einen Hilfeprozess geben. Bleibt dies gewährleistet?
- Muss die Methode nach Prof. Klug dogmatisch festgelegt werden?  
Ziel soll es sein, dies als **eine** Methode der Sozialarbeit zu verwenden, um eine sozialarbeiterische Vielfalt der Methoden zu gewährleisten.
- [www.DBH.de](http://www.DBH.de) – nachzulesen.: Statistik zur Beendigung von Strafaussetzung zur Bewährung: Brandenburg bisher gut.
- Methode von Prof. Klug ist bisher nicht wissenschaftlich evaluiert worden, so dass ein Erfolg nicht garantiert ist, deshalb Wunsch nach Methodenvielfalt.



*Rückblick  
auf die  
Veranstaltungen zum  
Resozialisierungsgesetz  
auf Einladung des MDJ*

Herr Koldehoff stellte zu Beginn klar, dass die drei Foren auf ausschließlichen Wunsch des Ministers stattfinden würden. Ziel des ResoG ist nach Herrn Koldehoffs Worten, das Optimieren von Übergängen und eine (aus unserer Sicht ggf. unnötige) stärkere Einbeziehung freier Träger schon während des Vollzuges. Im Ergebnis der Gruppenarbeit konnte heraus gestellt werden, dass es nicht notwendig ist, Träger mit dem Aufbau von Übergangseinrichtungen und Integrationszentren zu beauftragen. Vielmehr sollte auf die bestehenden Netzwerke zurückgegriffen werden. Viele regionale Träger mieten Wohnungen an und vermieten dann betreute WG's an unsere Klientel. Insofern scheinen stigmatisierende Übergangseinrichtungen nicht notwendig. Ähnlich verhält es sich mit den Integrationszentren. In vielen Städten gibt es bereits Häuser, in denen verschiedene Beratungsstellen unter einem Dach zu finden sind (Bsp. Mehrgenerationenhäuser, IBIZ etc.). Über anzumietende Außensprechstunden könnten die SDJ auch dort präsent sein. Auf bestehende Netzwerkpartner vor Ort zurückzugreifen, ermöglicht vorhandene Synergieeffekte zu nutzen. Dies ist kostengünstiger und vermeidet Stigmatisierungen. Einrichtungen ausschließlich für Haftentlassene könnten zudem zu Frust bei der nicht-straffälligen Bevölkerung führen, da ihnen eine derartige Extrabehandlung verwehrt bleibt. Gefordert wurde auch, eine Vereinheitlichung von Arbeitsabläufen (Risikoereinschätzung, Straftataufarbeitung etc.) zw. JVA und SDJ. Bedauerlich ist, dass bei den einzelnen Foren regionale Träger (bis auf HSI) kaum vertreten waren. Dass von Herrn Koldehoff in Aussicht gestellte Protokoll hat uns bis heute nicht erreicht.

**Info:**

Nächste Vorstandssitzung:  
14.03.12

**Ort für Mitgliedermeinungen:**